

# Heubischer pochen auf Bürger-Abstimmung

Die Heubischer setzen die Räte unter Druck: Sie wollen sich die Mitbestimmung in Sachen Gebietsreform nicht nehmen lassen und abstimmen.

Von Martina Hunka

**Föritz** – Fragen und Meinungen zur Gemeindegebietsreform nahmen in der Heubischer Bürgerversammlung am Mittwochabend breiten Raum ein. Dass der von den Gemeinderäten favorisierte Zusammenschluss von Judenbach, Föritz und Neuhaus-Schierschnitz zu einer Unterlandgemeinde die beste Lösung für die Zukunft ist, diese Meinung teilen offensichtlich nicht alle der 464 Einwohner von Heubisch, das seit 1994 einer von zehn Föritzer Ortsteilen ist. Besonders auf die Palme gebracht hat die Heubischer die Äußerung von Almuth Beck (Die Linke) während einer Zusammenkunft der drei Gemeinderäte mit Linke-Landtagsmitglied Frank Kuschel. Sie hatte darin deutlich gemacht, dass nicht der Bürger entscheide, sondern der Gemeinderat. „Welch göttliche Berufung befähigt sie, eine solch gravierende Entscheidung über unsere Köpfe hinweg zu fällen?“, fragte der Com-

puterstammtisch. Beck erklärte daraufhin, dass es Unterschiede zwischen Bürgerentscheid und Bürgerbeteiligung gebe. „Nach der Willenserklärung der Gemeinderäte, diesen Weg der Dreierfusion zu gehen, ist ein rechtlich bindender Bürgerentscheid nach Gesetz nicht mehr möglich – und das Gesetz hat die CDU gemacht, nicht die Linke“, stellte Almuth Beck klar. Damit allerdings wollten sich die Heubischer nicht zufrieden geben. „Sie brechen kein Gesetz und sich keinen Zacken aus der Krone, wenn sie uns abstimmen lassen, und dafür appelliere ich an Sie, das zu tun“, sagte Dieter Langbein den anwesenden Gemeinderäten.

**„Ist vorhersehbar, dass durch die Refinanzierung des Judenbacher Luxus nichts mehr für die Infrastruktur unserer Ortschaften übrig bleibt?“**

**Frage des Computerstammtisches**

Gerhard Weber forderte, dass die Fakten auf den Tisch kommen: „Was kann ein Zusammengehen mit Neuhaus-Schierschnitz und Judenbach und was eine Fusion mit Sonneberg bringen? Die Bürger müssten hier vielmehr informiert werden.“

Wie aus einer schriftlichen Anfrage des Computerstammtisches deut-

lich wurde, plagen die Bürger vor allem Sorgen, was die Gemeinde Judenbach im Bunde betrifft. „Zeitungsberichten zufolge haben die Judenbacher 2016 für den neuen Kultursaal noch 123 000 Euro und 2017 noch 33 000 Euro zu berappen. 2017 ist dann die Abzahlung des Multifunktionalen Zentrums fällig, immerhin nach Abzug der Fördermittel ein Batzen von 800 000 Euro. Während Föritz sich in die Pleite spart, wird auf dem Berg großartig Hof gehalten. Ist bei einem Zusammenschluss schon vorhersehbar, dass bei Fortsetzung der rigorosen Sparpolitik in den kommenden Jahren durch die Refinanzierung des Judenbacher Luxus nichts mehr für die Infrastruktur unserer Ortschaften übrig bleibt?“, lautete die Frage der Bürger. Diese blieb unbeantwortet. Bürgermeister Rosenbauer sagte, man müsse sehen, wer wo stehe und wie und was machbar sei. Die Judenbacher Zahlen wollte er weder bestätigen, noch dementieren, noch kommentieren. Er stellte sich hinter die Forderung nach einer Bürgerabstimmung. „Und wenn die Mehrheit für die Unterlandgemeinde aus Föritz, Judenbach und Neuhaus-Schierschnitz stimmt, werde ich mich hinter meine Bürger stellen. Aber ich muss sagen: Als Föritzer Bürgermeister habe ich die Interessen der Föritzer

zu vertreten. Und nach einer Bürgerabstimmung glaube ich nicht, dass sich die Gemeinderäte gegen die Bürger stellen können und der Landtag das mitmacht.“

Gefragt wurde auch, wie es denn komme, dass doch die Judenbacher Bürger schon einmal für Sonneberg abgestimmt hätten, der Gemeinderat aber nun für die Dreierfusion sei. Rosenbauer wollte dies nicht kommentieren. Bürger Dieter Langbein allerdings erklärte: „Aus meiner Sicht war es so, dass die Judenbacher ihre freiwilligen Aufgaben der Stadt Sonneberg als Pflichtaufgaben aufs Auge drücken wollten. Dagegen haben sich die Sonneberger verwahrt. Und deshalb sind die Verhandlungen gescheitert. Roland, pass bloß auf!“, warnte Langbein.

Deutlich wurde, dass die Heubischer sowohl die Stadt Sonneberg als auch eine Unterlandgemeinde als Möglichkeit zukünftiger Entwicklung sehen und mit Sachkunde entscheiden wollen. Die Neuhaus-Schierschnitzer hingegen stehen hinter der Unterlandgemeinde und sehen keinen Weg nach Sonneberg, wie in der Bürgerversammlung Lindenberger deutlich wurde. Sie können die Föritzer nicht verstehen, dass sie die Freiwilligkeitsphase eventuell verstreichen lassen und damit auf Geld verzichten.